

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

AS 25.

Mittwoch den 30. Januar 1929.

87. Jahrgang.

Deutschland.

Die Lage der Landwirtschaft.

Berlin, 29. Jan. Der 4. Reichslandbaukongress wurde Montag mittig durch Versammlungen im großen Schauspielhaus und Julius-Buch eröffnet. Im Schauspielhaus wandte sich Minister Schiele nach der Begrüßung der Landesvertreter der Lage der Landwirtschaft zu. Er erklärte, heute habe die Landwirtschaft über 8 Milliarden neu ausgenommene Schulden, ebensoviel wie die jährliche Produktion für den Markt. In den Zeiten der guten Ernte seien die größten Schuldenabreibungen zu verzeichnen. Infolge Sinkens der Preise sei ein Mehrerlös von 140 Millionen Mark allein bei Getreide und Kartoffeln zu erwarten. Schärferer Protest wüßte neuen Steuerplänen entgegengeleitet werden. Die Jindlast der Landwirtschaft betrage gegenwärtig etwa 1100 Millionen Mark. Die Konsolidierung der bestehenden Schuldenverhältnisse sei die dringende Forderung. Weiboden und Tempo der Umwandlungsmöglichkeiten müßten dem Notstande angepaßt werden. Die Verhältnisse durch ihren hohen Jindes und die jederseitige Jindigkeit besonders drückenden öffentlichen und halböffentlichen Kredite müßten unter Jufnahme einer staatlichen Garantie in wirksamer Fortführung und im Aufbau des Kreditprogramms in langfristige Abzahlungskredite umgewandelt werden. Selbst von einer sofort durchgeführten Umwandlungsdarlehen dürfe man sich nicht eine beschleunigte Wirkung für die Befreiung der Rentabilitätsberechnung versprechen. Die Möglichkeit zu einer schnellen und wirksamen Hilfe liege nur bei der Berücksichtigung des Marktes, bei der Handels- und Zollpolitik und bei der Abgaberegulierung. Größtes Erfordernis sei die Befreiung der überflüssigen Lebensmittelzufuhr. Politische Preise für unsere Produkte müßten abgelehnt werden. Johann ging Schiele auf die Grenzen der Selbsthilfe ein. Er warnte, die Agrarfrage, die politisch gelöst werden müsse, nur selbstständig zu betrachten. Zur allgemeinen Wirtschaftslage übergehend kritisierte der Redner den Reparationsbericht, in dem Barter Gilbert von der Wille der deutschen Wirtschaft und von einem Zustand zunehmender Kapitalbildung gesprochen habe. Wörtlich sagte der Redner: „Ich die angeschuldene Kollage von über 14 Milliarden in der Landwirtschaft tätigen Personen, ist das Annahmen der Arbeitslosigkeit, die schon heute 2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger, im ganzen 4 Millionen Menschen umfaßt, das Kennzeichen einer Wille?“ Gegenüber der Behauptung zunehmender Kapitalbildung verwies der Redner auf den offensichtlichen Kapitalrückgang der Unternehmungen, insbesondere in der Landwirtschaft, sowie auf den Zustand fortwährender Auslandsverschuldung und Ueberforderung. Demgegenüber gab Schiele ein kurzes Bild von der wirklichen Lage Deutschlands. Die gesamten Einnahmen der Volkswirtschaft reichten nicht mehr aus, um die importierten Rohstoffe und die Rohstoffe für die Industrie zu zahlen. Unsere Gegner seien feier denn je zusammengekommen unter Sowjats Führung. Im vollen Bewußtsein seiner Wille, fuhr Schiele fort, spreche ich aus Deutschland seit 10 Jahren von der Substanz gelebt, in den jetzt einseitigen Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes müßten wir die dringende Erwartung ausdrücken, daß das Zusammenhängen nicht ohne unentscheidenden Einfluß der Landwirtschaft zustande kommt. Vom Standpunkt des Rechts, der Moral aus betrachtet, besteht heute, wo die Lage von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg offenbar geworden ist, die deutsche Reparationspflicht überhaupt nicht mehr. Wäre es nicht, was bereits über unsere Kräfte erfüllt und unterhalb des Vermögens geprüfert. Die jetzt anzustellende Prüfung unserer Leistungsfähigkeit muß von der These des Rechts auf Leben ausgehen. Wir brauchen ein großes schöpferisches Programm, das die Befreiung aus eigener Kraft zum Ziel hat und den freien Raum für die Arbeit und die Entfaltung der Volksgemeinschaft sichert. Wir brauchen das große Entwurfprogramm, das Programm der Befreiung der Arbeit und dem Jem. Das ist keine rein agrarische Angelegenheit, keine Sache des Jffens allein, das ist die Lebens- und Schicksalsfrage für das ganze deutsche Volk. Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen handelt es sich nicht lediglich um einen wirtschaftlichen Konkurrenzstreit; es ist ein Kampf um unsere Wille.

Nach Reichsminister Schiele sprach der Präsident des Landwirtsch. Depts. Er führte u. a. aus: „Der äußere Eindruck unserer wirtschaftlichen Lage ist trügerisch. Wichtiger als die agrarischen Fragen sind dem Reichsernährungsministerium anheimelnd die inneren Sorgen und die Nachfolgerfrage des Reichslands. Die Befriedigung parteisozialistischer Wünsche durch Ernennung des Sozialdemokraten Dr. Bunde zum Reichslandwirtschaftsminister. Die staatliche Hilfe ist die notwendige Ergänzung der Selbsthilfe. Wir fordern sie in politischer und handelspolitischer Hinsicht. Unsere Volksgemeinschaft müßte wir und das geschäftliche Treiben gewisser Kreise unserer Industrie vergewaltigen. Wir werden ohne Einschränkung die Wille des Reichsfinanzministeriums ablehnen, wie verlangen im Gegenzug zu ihm, der neue Steuern bringt. Abbau der bestehenden Steuern. In einer Notlage rufen wir das ganze deutsche Volk auf. Ich empfehle Barter Gilbert, einmal die Lebensweise, die Einkommensverhältnisse des deutschen Bauernstandes eingehend zu studieren und sich in seinem Anteil zu machen von der Scheinblüte der deutschen Industrie und dem trügerischen Glanz der Großstadt.“

Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes hat am Sonntag folgende Entscheidung gefaßt: 1. Zur Lage der Landwirtschaft: Dummie Verweisung auf dem deutschen Bauernstand. Wieder ist ein Jahr vergangen, ohne entscheidende Hilfe zu bringen. Die Schuldenlast der Landwirtschaft ist wieder um etwa eine Milliarde gestiegen. Die unmittelbare Belastung der Landwirtschaft beträgt gegen-

wärtig an Steuern über 800 Millionen Mark, an Soziallasten (1927) rund 350 Mill. Mark, an Zinsen 1100 bis 1200 Mill. Mark, zusammen also 2250 bis 2350 Mill. Mark. Die Landwirtschaft trägt insgesamt bei ihrem Betrieb jährlich 1500 bis 1600 Mill. Mark zu. Es gilt die Einnahmeseite des landwirtschaftlichen Betriebes schnell und durchgreifend zu beben. Klare Wirkung ist nur durch zielbewusste ininandergreifende Maßnahmen der Handels- und Grenzpolitik und der Abgaberegulierung zu erreichen.

2. Zu den neuen Steuergelegenheiten: Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes betont erneut die Notwendigkeit der Anpassung der steuerlichen Belastung der Landwirtschaft an die Leistungsfähigkeit. Nicht Steuererhöhung, sondern Steuerentlastung ist das Ziel einer gefunden, der Lage der Landwirtschaft gerecht werdenden Steuerpolitik.

3. Zum Bericht des Reparationsagenten: Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes stellt fest, daß der neueste Bericht des Reparationsagenten den tatsächlichen Lebensverhältnissen des deutschen Volkes keinesfalls gerecht wird. Allgemein ist festzustellen, daß die Leistungen auf Grund des Dawesplanes nicht aus Exportüberschüssen Deutschlands, sondern nur durch Auslandskredite und aus der Substanz ermöglicht wurden. Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes ist einmütig der Ansicht, daß auf Grund der bisherigen Gesamtleistungen Deutschlands, wie auch angesichts seiner Leistungsfähigkeit, eine weitere Zahlungsverpflichtung für uns nicht mehr besteht.

Ausland.

Paris, 29. Jan. Der französische General Duperré, Großkapitän der Chevalerie, ist von einem Pariser Gericht zu 5000 Franc Schadenersatz und 200 Franc Strafe verurteilt worden, weil er einen Zeugen öffentlich beschimpft hatte. In dem Urteil gab das Gericht seinem Bedauern Ausdruck, einen so berühmten Offizier verurteilen zu müssen.

40.000 Gläubiger in Dorn eingegangen. Die des Gläubigers, Herr „Der Vaterland“, meldet, sind bis Samstagabend rund 20.000 briefliche Gläubiger und über 12.000 Telegramme zum 70. Geburtstag des Kaisers Wilhelm durch die deutsche Post nach Dorn übermittelt worden, darunter Telegramme des schwedischen und dänischen Königs, des Königs von Spanien, von der Straßburger Gesellschaft und vielen deutschen Vereinen in Amerika und von dem bekannten amerikanischen Universitätsprofessor Barnes, dem Kampfer gegen die Kriegsschuldfrage, ferner von Reichspräsidenten von Hindenburg, von Ludendorff, vom Stahlhelm und von vielen anderen Verbänden. Von der Deutschen Nationalen Volkspartei, Landesverband Hamburg, wurde folgende Entscheidung angenommen: „Neben 1000 anlässlich des 70. Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm II. versammelte deutschen Männer und Frauen fordern die Wünsche Seiner Majestät in die Heimat. Es ist des deutschen Volkes unwürdig, dieses ungedachte Unrecht länger zuzulassen. Das Recht jedes Deutschen, im Vaterlande zu leben, kann auch dem Kaiser, der in 30jähriger Regierung nur das Beste des deutschen Reiches und Volkes gewollt hat, nicht vorenthalten werden.“

Dr. Schacht's Besuch in Paris. Paris, 29. Jan. Das Finanzministerium ließ der Presse folgende Mitteilung über die zwischen Reichsbankpräsident Dr. Schacht und dem Gouverneur der Französischen Staatsbank, Monsieur, geführten Verhandlungen zugehen: „Dr. Schacht, der durch die Reichsregierung zum ersten Delegierten des Sachverständigenausschusses ernannt worden ist, kam nach Paris, um den von dem Gouverneur der Banque de France, Herrn Moreau, vor einigen Monaten in Berlin gemachten Besuch zu erwidern. Die ersten Sachverständigen Deutschlands und Frankreichs besprachen in ihrer Konferenz verschiedene Fragen, die sich auf die von ihnen vertretenen großen Emmissionsbanken beziehen, und erörterten bei diesem Anlaß auch aktuelle Angelegenheiten. Die erste Zusammenkunft des Sachverständigenausschusses ist auf den 2. Februar angesetzt. Wie der „Matin“ mitteilt, soll Dr. Schacht die Absicht geäußert haben, vor Eröffnung der Verhandlungen mit den französischen Sachverständigen Fühlung zu nehmen. Am Laufe des heutigen Tages wird der Reichsbankpräsident weitere Konferenzen haben und sodann nach Berlin zurückkehren. Das „Echo de Paris“ stellt die Behauptung auf, daß der erste Sachverständigen Deutschlands bereits in seinem gestrigen Gespräch mit Herrn Moreau die Unhaltbarkeit der durch Frankreich aufgestellten Forderungen darzulegen. Der Reichsbankpräsident habe, dem „Echo de Paris“ zufolge, darauf hingewiesen, daß für den Fall, daß die französischen Sachverständigen an der gegenwärtigen deutschen Jahresleistung von 2 1/2 Milliarden Mark nicht festhalten sollten, die Kommerzialisierung der deutschen Schuldverschreibungen auf große Schwierigkeiten stoßen würden.“

Neue Wendung im Hanan-Stand. Peking, 29. Jan. Der Hanan-Stand steht vor einer neuen sensationellen Wendung. Wegen dem ehemaligen Direktor des „Caotien“, Henri Dumay, dessen Beziehungen zur „Gazette de France“ hinreichend feststehen, ist eine Verurteilung eingeleitet worden. Der Untersuchungsrichter Ward wird Dumay einem Verhör unterziehen, dessen Ergebnis darüber entscheiden wird, ob eine Verurteilung begründet erscheint oder nicht.

Präsident Coolidge mahnt zur Sparsamkeit. Washington, 29. Jan. Angesichts der Möglichkeit, daß die Regierung sich in dem Budget für das laufende Rechnungsjahr einem Defizit gegenübersehen wird, hat Präsident Coolidge Montagabend eine Warnung erlassen, die besagt, daß strenge Sparsamkeit in den Budgetausgaben fortzuführen muß, und

daß die schnell sich mehrenden Ausgaben der staatlichen und örtlichen Regierungen energig eingekürzt werden müssen, wenn die Wohlfahrt der Nation aufrecht erhalten bleiben soll. U. a. weist der Präsident darauf hin, daß die Kosten der staatlichen und örtlichen Regierungen von 2000 Millionen Dollar vom Jahr 1921 auf 7301 Millionen Dollar im Jahre 1927 gestiegen sind. Am Schluß der Redegehung heißt es: „Die nationale Bruttoschuld betrug am 31. August 1919 ungefähr 26.600 Millionen Dollar. Bis zum 30. Juni v. J. ist diese schwere Last auf 17.600 Millionen Dollar vermindert worden und die Regierung ist verpflichtet, diese Summe binnen 3 Jahren auf 15 Milliarden herabzusetzen.“

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 29. Jan. In der am Montag in der „Eintracht“ stattgehabten Generalversammlung des Gewerbevereins gedachte Vorstand Gollmer nach kurzen Begrüßungsworten und Bekanntgabe der letzten Protokolle von Schriftführer Strom den im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder Malermeister Mann und Ehrenvorstand Friedrich Gollmer, die lange Jahre treu für den Verein wirkten; die Versammlung ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Nach dem ausführlichen Jahresbericht des Vorstandes beträgt die Mitgliederzahl 117; 4 Versammlungen und 5 Ausgehungen wurden abgehalten und eine große Menge anfallen der Arbeiten erledigt. An Ereignissen sind zu erwähnen: Beteiligung am Calver Gewerbevereins-Jubiläum, Anträge für bessere Zugverbindungen auf der Enztalbahn, Ernennung von Albert Weis zum Ehrenmitglied und von Friedrich Gollmer zum Ehrenvorstand, Begrüßung und Befestigung des erkrankten anlässlich seiner goldenen Hochzeit, Autafahrt auf dem Räderstein, Vertreterwahl für das Arbeitsamt Biorzheim, Einweisung von 2 Handwerkerberatern ins Handwerker-erziehungsheim Bad Niederau, Teilnahme an Verbandstagen in Weidenheim und Heidenheim, Vortrag von Syndikus Oberhardt-Neutlingen über Handwerks- und gewerbliche Fragen, Stellenaufnahme zur Gemeinderatswahl, Mitgliederwerbung. Dank wurde den Vereinsbeamten und dem Ausschuss für ihre Mitarbeit gesagt. Das neue Jahr bringe erneut schwere Kosten durch die volle Ausnutzung des Dawesplans und erhöhte Steuerlasten, die für die Gesamtwirtschaft mehr und mehr untragbar sind; außerdem Enztal droht eine große Gefahr durch die von Stuttgart geplante Wasserversorgung aus dem Enztal; würde dieser Plan Wirklichkeit, so käme das einer außerordentlichen Schädigung Neuenbürgs und des ganzen Enztals gleich. Wie ein Mann müsse man sich dagegen wehren, damit Stuttgart nicht absteigt; die Entscheidung hat der Verband. Der Bericht schloß mit dem Wunsch, daß die allgemeine Geschäftsfrage sich doch noch besser gestalten und die Mitglieder durch rege Teilnahme an den Versammlungen ihr Interesse bekunden mögen zum Wohle unserer Mitglieder und unseres lieben Heimatstädtchens. Bei dem von Kassier Wischhoff erstatteten Kassenbericht glichen sich Einnahmen und Ausgaben so ziemlich aus, in der Höhe des Jahresbeitrags von 2 Mark und 1 Mark für die Handwerkerberatern tritt keine Veränderung ein. Die Kasse war geprüft und in Ordnung befunden worden, dem Kassier wurde unter Dank für seine Tätigkeit Entlastung erteilt. Die Wahlen ergaben die einstimmige Bestätigung der bisherigen Beamten in ihren Ämtern: Vorstand Gollmer, Schriftführer Strom, Kassier Wischhoff, ebenso wurden die sachgemäß ausscheidenden Ausschussmitglieder Henke, Ferendach und Gegenheimer einstimmig wiedergewählt. Vorstand Gollmer brachte einen sehr interessanten Aufsatz mit etlichem Hintergrund „Barter Gilbert und was dann kommt“ zum Vortrage. Aus demselben war ersichtlich, was uns droht, wenn es uns nicht gelingt, unsere Kriegsschuldfrage entsprechend herabzusetzen; Sparbarkeit im eigenen Volk ist unabsehbare Pflicht; wenn das deutsche Volk das Geld mit vollen Händen auswirft, kann von einer Kapitalherkunft keine Rede sein. Vor allem ist die vermeintliche Einfuhr ausländischer Waren, wenn nicht ganz zu unterlassen, so doch hart einzuschränken. Wenn es nicht mit der Zeit gelingt, ein gemeinschaftliches Wirtschaftsabkommen mit dem Ausland zu treffen, droht uns allen der Ruin. Wir werden den hochinteressanten Aufsatz in den nächsten Nummern veröffentlichen. Schriftl. Eine scharfe Kritikverteilung erfährt die Handlungsweise einer Gruppe von Beamten, gelegentlich der letzten Gemeinderatswahl. Es wurde von denselben dem Gewerbeverein bzw. Vorstandschaft und Ausschuss unterbreitet, die Weisung ausgegeben zu haben, keine Beamten zu wählen, worauf von Kasse zu Kasse telephonisch die Parole ausgegeben wurde, keinem Kandidaten des Gewerbevereins eine Stimme zu geben, hingegen die zur Wahl stehenden Beamten-Kandidaten zu favorisieren. Es kam zum Aufruf, daß es richtig gewesen wäre, wenn man vorher beim Vorstand des Gewerbevereins sich erkundigt hätte, ob tatsächlich eine solche Weisung ergangen ist. Der Gewerbeverein als solcher wie Vorstandschaft und Ausschuss wissen sich in dieser Sache frei von Schuld, wenn je, was aber zu bezweifeln ist, außerhalb der Versammlung von einem einzelnen Mitglied Worte gefallen sein könnten, die nicht offizieller Natur sind, kann dem Gewerbeverein keine Schuld beigemessen werden. Mit Entrüstung wurde diese Verächtlichung zurückgewiesen und gegen eine solch unnötige Kampfwiese von gewisser Seite der Beamtenchaft protestiert, die dazu beitrug, den beiden Beamten-Kandidaten wohl hohe Stimmzahlen zu verschaffen, dagegen die Kandidaten des Gewerbevereins zu Fall zu bringen und dadurch der Gegenseite einen weiteren Sieg zu verschaffen. Ausschussmitglied Weiger nahm Veranlassung dem Vorstand für seine unvorsichtige Tätigkeit während des vergangenen Jahres namens des Vereins zu danken, worauf die Versammlung nach Dankworten durch den Vorstand für die Mitarbeit geschlossen wurde.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeitspille oder deren Raum 25 J., Reklame-Zeile 80 J., Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Ankaufserklärung 20 J. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Rohvermögens hinwärtig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Verständnis für beide: Zeile: Neuenbürg. Für tel. Aufst. wird keine Gebühr übernommen.

